



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wagner, Rudolf: Koloniale Fortschritte : Randbemerkungen zu Dr. Solfs  
Afrikafahrt

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Koloniale Fortschritte

Randbemerkungen zu Dr. Solfs Afrikafahrt

Von Rudolf Wagner=Berlin



ie Reise eines leitenden Staatsmannes, wie die des Staatssekretärs Solf nach Afrika, bringt mancherlei Gutes mit sich. Nicht nur für die Kolonien selbst und deren deutsche Bevölkerung, sondern auch für die heimische öffentliche Meinung. Der Staatssekretär mußte in Afrika wohl oder übel in zahlreichen Ansprachen, Festreden und Interviews sein Herz soweit öffnen, daß der aufmerksame Beobachter einen ziemlich guten Einblick in seine Absichten und Anschauungen gewinnen konnte.

So erfährt man auf diese Weise auch daheim weit mehr über die Ziele der Regierung als bei den Reichstagsverhandlungen, deren wichtigster Teil sich in neuerer Zeit auffälligerweise mit besonderer Vorliebe hinter den verschlossenen Türen der Budgetkommission abzuspielen pflegt.

Wenn an dieser Stelle seinerzeit die Ernennung Solfs als ein gewisser Wendepunkt begrüßt wurde, so hatte es damit seine Richtigkeit. Wir wissen jetzt, daß Solf volkstümliche Kolonialpolitik treiben will, und zwar in ausgesprochenem Gegensatz zu Dernburg, der für reinliche Rassenscheidung, Besiedlung, Selbstverwaltung, kurz alles, was man unter dem Begriff „volkstümliche Kolonialpolitik“ zusammenzufassen pflegt, wenig Sinn bekundete. Erst vor kurzer Zeit hat dies Herr Dernburg selbst ausgesprochen bzw. sich nachweisen lassen müssen. Er hatte der Zeitschrift *Kolonie und Heimat*, die seine Politik in der Rassen- und Besiedlungsfrage kritisierte, eine Zuschrift gesandt, in der er u. a. die Behauptung aufstellte, seine Auffassung in der Mischhehenfrage unterscheidet sich in keiner Weise von der des Staatssekretärs Solf. Mit Recht hat die erwähnte Zeitschrift um Auskunft, warum er dann nicht, wie dies Dr. Solf sofort nach seinem Amtsantritt tat, die Ärgernis erregenden Zustände auf Samoa im Sinne der reinlichen Rassenscheidung zu sanieren versucht habe. Man

müsse doch notwendig auf den Gedanken kommen, daß Dr. Solf zuzeiten Dernburgs hier nicht Wandel schaffen durfte. Letztere Vermutung hat wenige Wochen später eine überraschende Bestätigung erfahren, indem Staatssekretär Solf gelegentlich einer Rede in Afrika erklärte, er sei schon seit fünf Jahren bestrebt gewesen, in seinem Wirkungskreise Samoa eine reinliche Rassensecheidung durch Verbot der Mischehen zu erreichen, sei aber in Berlin auf Widerstand gestoßen. Und Herr Dernburg hat darauf nichts zu erwidern gehabt. Nach obiger Feststellung ist kein Zweifel darüber möglich, was Dernburg getan hätte, wenn ihm von einer starken Reichstagsmehrheit die Sanktion der Mischehen auf dem Präsentierteller dargebracht worden wäre. Der damalige Reichstag war glücklicherweise anderen Geistes Kind, um so leichter wäre es Dernburg, wenn er wirklich über die Mischehenfrage desselben Sinnes wie Dr. Solf gewesen wäre, unter dem letzten Reichstag geworden, eine Regelung der Rassenverhältnisse in den Kolonien, wie sie jetzt kommen wird, herbeizuführen. An Anregungen dazu hat es nicht gefehlt. Andererseits gewinnt die Amtstätigkeit Dr. Solfs auf Samoa ein neues Gesicht. Er hat im Hinblick auf die dortigen Rassenverhältnisse jahrelang viel zu leiden gehabt und auch an dieser Stelle Angriffe von rücksichtsloser Schärfe erfahren. Es scheint, daß man ihm viel abzubitten hat.

Als Herr Dr. Solf aus Ruher kam, war seine erste Amtshandlung von Belang das Verbot von Eheschließungen zwischen Weißen und Farbigen auf Samoa. Gleichzeitig ließ er verlauten, daß das Verhältnis der beiden Rassen in demselben Sinne in allen Kolonien generell geregelt werden solle. Dabei blieb er trotz scharfer Angriffe im Reichstag und trotz jener Mehrheitsresolution, welche die Mischehen in den Kolonien sanktionieren wollte. Und noch in Afrika erklärte er unter lebhafter Zustimmung der weißen Bevölkerung, daß er von seinem Standpunkte nicht abweichen werde; außerdem sei die Zustimmung des Bundesrats zum Mischehenbeschluß des Reichstags ausgeschlossen.

Sachlich irgend etwas über die Notwendigkeit reinlicher Rassensecheidung und das Verbot der Mischehen zu sagen, sollte eigentlich nicht notwendig sein einem Volke gegenüber, das ein gut Teil der Welt kolonisiert und dabei seine Rasse erhalten, sein Volkstum bewahrt hat. Man hat entweder Rassegefühl oder man hat es nicht. Denjenigen, denen es fehlt und die dafür den lieben Gott verantwortlich machen wollen, indem sie auf die Gebote des Christentums hinweisen, sei gesagt, daß unser Herrgott verschiedene Rassen nicht zu dem Zweck geschaffen hat, damit die Menschen sie vermischen.

Daß die Reinhaltung der Rasse und des Volkstums die Grundbedingung jeder nationalen Kolonisation ist, sagt dem Gebildeten die Geschichte, dem einfachen Mann der gesunde Menschenverstand. Wer in doktrinärem Verblendung rein mechanisch die Forderungen des Christentums über diejenigen der Nation stellt, handelt nicht einmal im Interesse der christlichen Lehre, deren Hort gerade diejenigen Völker sind, die sich rein erhalten haben. Wer sendet denn vorzugs-

weise die Missionare aus? Doch wohl die Deutschen und Engländer! Sinken wir herunter auf den Standpunkt der Portugiesen oder gewisser südamerikanischer „Völker“, so ist es vorbei mit der christlichen Mission.

Wie gründlich der Staatssekretär zunächst in seinem früheren Wirkungskreise, Samoa, im Sinne der Erhaltung der Rasse und des Deutschtums aufräumt, beweist auch der jüngste Erlass des neuen Gouverneurs Dr. Schulz, wonach nur deutschsprechende Personen Mitglieder des Gouvernementsrats werden können. Mancher wird erstaunt fragen, ob das denn nicht selbstverständlich sei. Eigentlich sollte man dies meinen, aber auf Samoa lagen zu Anfang der deutschen Herrschaft die Verhältnisse so eigenartig, daß man die zahlreich ansässigen Engländer und Amerikaner nicht gut übergehen konnte. Und später, als es möglich war, dem Deutschtum alleinige Geltung zu verschaffen, glaubte anscheinend Dernburg, der zuweilen diplomatische Ambitionen hatte, zarte Rücksichten auf die lieben Nachbarn in Australien nehmen zu müssen. Nun ist auch dieses Ärgernis aus der Welt geschafft.

Nachdem nun durch Dr. Solfs Eingreifen die Rassenreinheit der deutschen Bevölkerung in den Kolonien und ihrer Nachkommen sichergestellt ist, läßt sich auch mit mehr Ruhe über Besiedlung und alle damit in Zusammenhang stehenden Erscheinungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Kolonien reden.

Gerade an der Besiedlung der Kolonien hat sich zu deren Schaden der Gang des Deutschen zum Theoretisieren und Moralisieren reichlich gütlich getan. Der Deutsche überlegt nach subtilen wissenschaftlichen Versuchen und Umfragen lange hin und her, ob das Klima in der oder jener Kolonie so sei, daß der Vater Staat die Verantwortung für das Wohlergehen eventueller Nachkommenschaft eventueller Ansiedler übernehmen könne. Derweile kolonisieren fremde Völker mit unseren Auswanderern ihr Neuland oder gebrauchen sie als Kulturdünger. So war es früher und so ist es noch heute. Daß Südwestafrika Siedlungskolonie ist, hat man ja nachgerade begriffen, aber über Ostafrika sind sich die Theoretiker noch nicht einig. Wohl aber Praktiker, wie die zahlreichen Ansiedler, die sich im Norden der Kolonie wohlbefinden. Herr Dernburg ließ sich von diesen Tatsachen nicht überzeugen. Er äußerte sich vor wenigen Wochen erst in der oben erwähnten Zuschrift an Kolonie und Heimat:

„Es ist ein großer Unterschied zwischen dem, was man aus nationalen Gründen wünscht, und was sich aus ethnographischen (wohl anthropologischen?) und klimatischen Rücksichten erreichen läßt. Ich halte es heute noch für ein Verdienst, hierüber meinen Landsleuten klaren Wein eingeschenkt und dadurch manche kleinbürgerliche Existenz vor dem Untergang bewahrt zu haben. Diese Politik ist jedenfalls ehrlicher als die mancher meiner Gegner, die die Leute als ‚Kulturdünger‘ unter allen Umständen in die Kolonien verpflanzen wollen. Ein Staatsmann in verantwortlicher Stellung wird im zwanzigsten Jahrhundert derartige Experimente abzulehnen haben. Sie sind auch nach meinem Abgang nicht versucht worden.“

Wir können Kolonie und Heimat nur beistimmen, wenn sie Herrn Dernburg darauf erwidert:

„Nun, wir bekennen uns zur Politik der Leute, die der Ansicht sind, daß diejenigen Gebiete Afrikas, die sich einigermaßen dazu eignen, mit der Zeit, natürlich unter Beobachtung der erdenklichsten Vorsichtsmaßregeln, planmäßig besteelet werden müssen. Denn weder von den farbigen Rassen, noch vom Großkapital können unsere überseeischen Besitzungen voll ausgenutzt werden. Die Gefahr, daß dabei schwächere Existenzen ‚als Kulturdünger‘ untergehen, ist bei den heutigen Fortschritten der Tropenhygiene verhältnismäßig gering. Die Siedlungen der neueren Zeit beweisen dies. Und wirtschaftlich muß eben der Staat, der ein Interesse an der Kultivierung seiner Kolonien hat, in der Übergangszeit etwas nachhelfen.“

Anderer Völker haben dies längst begriffen. Nach der Dernburgschen Anschauung dürfte kein Staatsmann im zwanzigsten Jahrhundert dulden, daß sich alljährlich Tausende in Bergwerken, Glasbläsereien, Spinnereien usw. die Schwindsucht und den Tod holen. Der Fortschritt der Menschheit fordert eben Opfer, das ist immer so gewesen und wird immer so bleiben. Blühende deutsche Siedlungen in aller Herren Ländern zeigen dem, der aus der Menschheitsgeschichte lernen will, daß es mit dem Großkapital allein nicht getan ist. Auch das Großkapital mit seinen Schöpfungen steht und fällt mit der lebendigen Arbeit des Menschen. Wir können Herrn Dernburg versichern, daß auch ‚nach seinem Abgang‘ die weitere Kolonisation der Welt nicht nur versucht, sondern sogar vollzogen werden wird. Dasjenige Volk, das nicht seine Kolonialgebiete mit seinen Söhnen besetzt, wird ausgeschaltet.“

Nun möchten wir aber den Begriff Besiedlung etwas näher erörtern. Wir verstehen darunter keine kleinbäuerliche Besiedlung. Gewiß mag dies in kleinerem Maßstab in Ostafrika und vielleicht auch in anderen Kolonien da und dort möglich sein, wie z. B. die gute Entwicklung von Leudorf am Meruberg zu beweisen scheint. Aber zu dieser Siedlungsform liegt weder für die Kolonien noch für das Mutterland ein Bedürfnis vor. Wenn der echte Bauer in seiner Heimat nicht mehr recht weiter kommt, so bietet sich ihm in den Ostmarken reichlich Gelegenheit, mit kleinem Kapital, das für die Kolonien viel zu gering ist, eine neue Heimat zu gewinnen, in der er sich besser einzuleben vermag als in den ihm meist ganz unverständlichen Verhältnissen Afrikas. Und er nützt seinem Vaterland in den Ostmarken viel mehr denn als Überseer. Wer in der Landwirtschaft überhaupt nicht mehr fortkommt, paßt auch nicht nach Afrika, er tut besser, wenn er sich in der Industrie eine Existenz sucht. Für die ausgesprochene Kleinbesiedlung kann vielleicht noch ins Feld geführt werden, daß sie beim kleinen Mann in der Heimat eine gute Werbekraft im Sinne des kolonialen Gedankens besitzt und deswegen wohl eine gewisse Förderung verdient. Falsch wäre aber unserer Ansicht nach eine Kleinbesiedlung im großen Stil. Als Träger kolonialer Besiedlung kommen unseres Erachtens in erster Linie die

Söhne des gebildeten Mittelstandes in Betracht, die mit 30- bis 50 000 Mark Vermögen in der Heimat als Landwirte nicht viel anfangen können, drüben aber mit Fleiß und Tüchtigkeit gut vorwärts kommen. Auch Herr von Lindequist, der frühere Staatssekretär, der Ostafrika vor einigen Jahren mit dem ausgesprochenen Zweck bereist hat, Grundlagen zu gewinnen für eine lebhaftere Besiedlung, ist der Ansicht, daß dieser Typ, den die Engländer „Gentleman-Farmer“ nennen, am besten für unsere Kolonien paßt. In Südwestafrika gehört denn auch tatsächlich der größte Teil der Ansiedler diesem Typ an.

Bezüglich der Akklimatisationsfähigkeit der weißen Siedler sagt Herr von Lindequist in seinem jüngst erschienenen Bericht\*):

„Was vom tropischen Höhenklima von 1200 bis 2000 Metern theoretisch erwartet war, das hat die praktische Erfahrung an den dort ansässigen Weißen bestätigt; die Männer haben ihre Leistungsfähigkeit, die Frauen ihre Gebärtüchtigkeit behalten, die heranwachsende Generation ist körperlich, intellektuell und moralisch vollwertig geblieben; Anzeichen irgendwelcher Degeneration sind nirgends zu finden.“

Herr Dr. Solf hat sich auch nicht an die pessimistische Auffassung Dernburgs gefehrt, sondern durch den Mund des neuen Gouverneurs Dr. Schnee deutlich zu erkennen gegeben, daß die Besiedlung durch Bereitstellung weiterer geeigneter Gebiete gefördert werden soll. Es ist daher kaum zu befürchten, daß in Ostafrika, wie dies unter dem Dernburg-Rechenberg-Regime geschehen ist, gebildete Ansiedlungslustige mit 100 000 M. Vermögen — nach Südwestafrika gewiesen oder vermögende und bewährte Südwestafrikaner, die nach Ostafrika übersiedeln wollten, mit dem Bemerken abgefertigt wurden, es sei kein Land verfügbar.

Die Entwicklung der kolonialen Siedlungen zu selbständigen Gemeinwesen wird vielleicht unter Solf ein etwas rascheres Tempo einschlagen. Wenigstens hat er schon wiederholt zu erkennen gegeben, daß er möglichste Dezentralisation, d. h. die Verlegung des Schwerpunktes der Verwaltung nach den Kolonien selbst, anstrebt mit der Tendenz des allmählichen Ausbaues der Selbstverwaltung. In Südwestafrika ist zwar unter Dernburg die von der Ansiedlerschaft stürmisch geforderte Organisation der Selbstverwaltung zustande gekommen und hat seither Ersprießliches gewirkt, aber man fühlte doch deutlich heraus, daß sie erzwungen war und die Kolonialverwaltung sich bemühte, das Heft in der Hand zu behalten. Die Selbstverwaltungsorgane wurden ihres Lebens nicht froh und standen fortgesetzt auf gespanntem Fuß mit der Zentralverwaltung. Daß unter diesen Umständen die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens nicht vorwärts gehen wollte, ist kein Wunder. Schon seit Jahren rief die Farmerschaft nach einer landwirtschaftlichen Kreditorganisation, deren Notwendigkeit Dernburg bei seinem Besuch in Südwest

\*) „Deutsch-Ostafrika als Siedlungsgebiet für Europäer.“ Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot.

anerkannt hatte. Die Farmer kamen nicht weiter, weil es ihnen an Mitteln fehlt, ihren Grund und Boden intensiver auszunutzen. Es ist dieselbe Erscheinung, die wir aus der Geschichte der heimischen Landwirtschaft kennen. Auch hier ist sie erst dann richtig lebensfähig geworden, als ein unter tatkräftiger Mitwirkung des Staates organisiertes Genossenschaftswesen und ähnliche Maßnahmen auch dem schwächeren Landwirt die Mittel an die Hand gaben, seiner Betriebsweise die Hilfsmittel der modernen Technik zugute kommen zu lassen. Aber trotz der Versprechungen Dernburgs warteten die Südwestafrikaner vergebens. An sich ist die ganze Angelegenheit beinahe lächerlich, denn es handelt sich um ein verhältnismäßig geringfügiges Kapital als Grundstock, das der verfloßene Reichstag jeden Tag bewilligt hätte. Für jeden, der sich auch nur ein klein wenig in die Verhältnisse hineindenken kann, war es längst klar, daß nur der Staat einen billigen Kredit, wie ihn die Farmer brauchen, schaffen kann. Für die Großfinanz ist das Objekt zu geringfügig und die Sicherheit, rein bankmäßig betrachtet, ungenügend. Darüber kann sich Dernburg als gewiegter Finanzmann keinen Augenblick im Zweifel gewesen sein; wir haben auch seine angeblichen Bemühungen, die Großfinanz für die Sache zu interessieren, nie ernst genommen. Es hätte der unter Herrn von Vindequist im Kolonialamt abgehaltenen Sitzung von namhaften Vertretern der Bankwelt wirklich nicht bedurft, um dieses Faktum protokollarisch festzustellen.

Herr Dr. Solf will denn auch dem mehrjährigen Hängen und Würgen ein Ende machen und schon im Herbst eine Vorlage im Reichstag einbringen, welche die Grundlage für ein ländliches Kreditinstitut schaffen soll. „Doppelt gibt, wer schnell gibt!“ Eine blühende Farmwirtschaft bringt die Aufwendungen und gelegentliche unausbleibliche Verluste eines Tages vielfältig wieder ein.

Das sind die wichtigsten Fortschritte, die uns Dr. Solfs Afrikafahrt gebracht hat. In Einzelheiten wollen wir uns nicht verlieren, obwohl noch mancherlei aufzuführen wäre. Aus dem ureigensten Ressort Dernburgs sei nur noch die teils vollzogene teils bevorstehende Einigung der Diamanteninteressenten auf rechtlichem und steuerpolitischem Gebiet durch den neuen Staatssekretär erwähnt.

Man fragt unwillkürlich nach dem Grunde der raschen Lösung veralteter Streitfragen durch Dr. Solf. Er scheint uns auf der Hand zu liegen. Dernburg ging mit vorgefaßten Meinungen hinaus. Für ihn waren die Kolonien vorzugsweise „Objekte“ für großkapitalistische Transaktionen und Unternehmungen. Was nicht unter diese Formel zu bringen war, interessierte ihn nur mäßig und wurde, wenn es sein Interesse in Anspruch nahm, mit schlecht verhehlter Ungeduld behandelt. Südwest interessierte ihn als Bergbauland, Ostafrika als Negerhandels-Kolonie, in der der Weiße nur als Großhändler und Verkehrsunternehmer in Betracht kam. Die kleinen Leute, wozu nach großkapitalistischen Begriffen auch die Farmer und selbständigen Pflanzler gehören, mußte er in seinem Programm nicht recht unterzubringen. „Hilf dir selbst“, rief er ihnen mehr als einmal zu.

Solf reiste nicht mit großem Gefolge und kam mit der ausgesprochenen Absicht nach Afrika, wieder gute Beziehungen zwischen Kolonialverwaltung und der deutschen Ansiedlerschaft in Südwest- und Ostafrika anzuknüpfen. Das ist ihm in vollem Maße gelungen. Dernburg hat den Kolonien durch seine Beziehungen zum Großkapital den für die Anlage eines großzügigen Verkehrsnetzes so notwendigen Kredit verschafft, und das wird ihm unvergessen bleiben. Die Frucht der Solfschen Reisen und Maßnahmen aber wird, wenn nicht alles trägt, die gesunde Entwicklung deutschen Volkstums in den Kolonien sein, und das ist ebensoviel oder letzten Endes vielleicht noch mehr wert.



## Erfordernisse der Gesetzesprache

Von Amtsgerichtsrat a. D. Paul Sommer-Köln a. Rh.



Wenn wir von der Sprache eines bestimmten Berufes sprechen, etwa von der Jägersprache, Seemannssprache, Bergmannssprache usw., so verstehen wir darunter die Gesamtheit von Wörtern oder Redewendungen, die jenen Berufsarten eigentümlich sind. Wir verstehen aber nicht darunter eine bestimmte Sprachfärbung oder Sprachprägung, also nicht einen bestimmten Stil, und wir sprechen daher auch nicht von einem Jägerstil, einem Seemannsstil, einem Bergmannsstil usw. Mit dem Ausdruck Gesetzesprache dagegen bezeichnen wir nicht nur die Gesamtheit von Fachausdrücken und Redewendungen, die in den Gesetzen vorkommen, sondern auch die Sprachgestaltung, die geistige Prägung der Ausdrucksweise, die wir Stil nennen. Wir können also bei der Untersuchung der Gesetzesprache eine objektive Seite unterscheiden, die wir als Gesetzesprache im engeren Sinne zu bezeichnen hätten, und eine subjektive, die wir dann Gesetzesstil benennen müßten. Wenn trotzdem die letztere Bezeichnung wenig üblich ist — sie soll auch im folgenden nicht verwendet werden — so liegt das daran, daß die Gesetzesprache gewissermaßen etwas Unpersönliches hat. Vor der Wucht, der Erhabenheit, der Feierlichkeit, mit der sie wirkt oder doch wirken soll, tritt die Persönlichkeit des Gesetzgebers oder des Verfassers des Gesetzentwurfes zurück. Man kann die Gesetzesprache vielleicht bildlich vergleichen mit jenen gewaltigen Domen des Mittelalters, deren Erbauer ebenfalls hinter ihre Schöpfung zurückgetreten sind, so daß wir vielfach nicht einmal ihren Namen kennen. Wie der Dom in seinem ganzen Aufbau, seinen Umrissen, seiner Einzelausschmückung einen großzügigen monumentalen Ausdruck tragen soll, wie er hoch über dem Häusergewimmel und dem Straßenlärm des Alltagslebens aufsteigt, weltflüchtig